



Niederschrift

Sondersitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität und Nachhaltigkeit

Sitzungstermin:	Mittwoch, 10.02.2021
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:18 Uhr
Raum, Ort:	digital

Anwesend

Vorsitzende/r
Jörg König

Mitglied

Dr. Monique Wölk

Sandra Grubert

Michael Hosang

Dr. Jörn Kasbohm

Prof. Dr. Markus Münzenberg

Anke Nordt

Shady Al-Khouri

Moritz Harrer

Vertretung für: Gerd-Martin Rappen

Vertretung für: David Wulff

Protokollant/in

Dr. Juliane Brust-Möbius

Vertretung für: Dr. Stephan Braun

Abwesend

Mitglied

Sven Bausemer

abwesend

Christian Friedrich

abwesend

Anja Hübner

abwesend

Gerhard Meyersieck

abwesend

Gerd-Martin Rappen

entschuldigt

Stephan Reuken

abwesend

David Wulff

entschuldigt

Ingo Ziola

abwesend

Protokollant/in

Dr. Stephan Braun

entschuldigt

Verwaltung:

Anja Juhnke
Thilo Kaiser
Winfried Kremer
Heike Lüdemann
Elisa Raackow
Beate Schinkel
Erik Wilde

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung
- 3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
- 5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden
- 6 Beratung der Beschlussvorlagen
- 6.1 Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 161 - „Sanierungsgebiet Innenstadt / Fleischervorstadt“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2021 / 2022 BV-V/07/0367
- 6.2 Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 162 - „Fleischervorstadt - Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2021 / 2022 BV-V/07/0368
- 6.3 Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 193 - „Schönwalde I - Stadtumbau Ost“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2021 / 2022 BV-V/07/0369
- 6.4 Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 194 - „Ostseevierviertel Parkseite - Stadtumbau Ost - SUB“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2021 / 2022 BV-V/07/0370

- | | | |
|-----|--|-----------------|
| 6.5 | Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 198 - „Schönwalde II - Stadtumbau Ost“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2021 / 2022 | BV-V/07/0371 |
| 6.6 | Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 199 - „Schönwalde II - Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2021 / 2022 | BV-V/07/0372 |
| 6.7 | Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022
neue Version vom 09.02.2021 (Ergänzung Band III) | BV-V/07/0374-03 |
| 7 | Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses | |
| 8 | Ende der Sitzung | |

Protokoll

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellen der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Die Ordnungsmäßigkeit wird festgestellt. 9 Ausschussmitglieder sind anwesend.

2 Feststellung von Änderungsbedarf zur Tagesordnung

Kein Änderungsbedarf gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	0	0

3 Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner/innen

Keine Fragen, Anregungen oder Vorschläge

4 Mitteilungen der Verwaltung

Herr Kaiser weist darauf hin, auf Bitte des Oberbürgermeisters Dr. Fassbinder zum Thema ÖPNV zu berichten und leitet zur Stellungnahme an Herrn Wilde weiter.

Herr Wilde bezieht sich in der Stellungnahme auf den Punkt 10 des Änderungsantrages der SPD Fraktion zur Haushaltssatzung 21/22. Vor dem Hintergrund beschlossener Maßnahmen - Nahverkehrsplan LK VG/ Stadt Greifswald, Beschlusslagen der Bürgerschaft zur Erweiterung des ÖPNV in der UHGW und zur Umsetzung der Maßnahmen aus dem Nahverkehrsplan (Beschlussvorlage 07/0155) sowie Beschluss zum Klimanotstand - geht Herr Wilde auf die Aktivitäten der Stadtverwaltung zur Entwicklung des ÖPNV ein:

1. Fachliche Untersuchung der Umsetzbarkeit der Maßnahmen und Einordbarkeit in bestehende vertragliche Verhältnisse durch einen Auftragnehmer
 - Vergabe eines Auftrages an die PWC Beratungsgesellschaft im Dezember 2020 und Kick-off des Vorhabens Anfang Januar 2021 sowie Abstimmungsgespräch zur Konkretisierung der Arbeitsaufgabe Ende Januar
 - Kern des Auftrages: Juristische und wirtschaftliche Bewertung der Maßnahmen vor dem Hintergrund der vertraglichen Bindungen (1. öffentlich-rechtlicher Vertrag LK VG und Stadt und 2. öffentlicher

Dienstleistungsauftrag mit dem Verkehrsbetrieb Greifswald als verkehrsausführendes Unternehmen) und der Notwendigkeit eines EU-weiten Vergabeverfahrens (beide Vertragsverhältnisse laufen bis Ende 2025) sowie wie die Maßnahmen in diesem rechtlichen Rahmen umgesetzt werden können

- Ergebnisse werden im Fachbeirat (Nahverkehrsbeirat) vorgestellt, sollen in Fachausschüssen gemeinsam diskutiert und der Bürgerschaft vorgelegt werden.

Kommentar zum Änderungsantrag der SPD im Punkt 10: 1. Prüfergebnis der PWC Studie zu wirtschaftlichen und rechtlichen Bindungen liegt noch nicht vor, 2. Bedenken aus beihilferechtlicher und steuerrechtlicher Sicht, die noch nicht geklärt sind, 3. Auswirkungen auf den Kernhaushalt sind nicht absehbar (Höhe der Zuwendungen im Änderungsantrag ist unbestimmt) und 4. Umsetzung betrifft die Folgejahre nach 2022.

2. Umsetzung konkreter Maßnahmen aus dem Nahverkehrsplan:

- (1) Erreichbarkeitsverbesserung Eldena mit einem Park&Ride Parkplatz (Planung und Umsetzung)
- (2) Erreichbarkeitsverbesserung des Berthold-Beitz Platzes und der Anbindung des Klinikums: Gespräche zw. Universität, Universitätsmedizin, Verkehrsbetrieb und Stadt, Untersuchung verschiedener Varianten, Vorzugsvariante mit Grundstückseigentümern Uni HGW und Universitätsmedizin besprochen, Haltestelleninfrastruktur durch Unimedizin □ kurzfristige Umsetzung in Teilabschnitten möglich

Frau Wölk nimmt Stellung zum Antrag der SPD und

- weist auf den Beschluss zum Klimanotstand von 2019 mit Maßnahmen zur Veränderung und Verbesserung des Nahverkehrs und der geplanten Studie zur Umsetzung der Maßnahmen hin.
- weist darauf hin, dass die Ergebnisse der Studie zur jetzigen Haushaltsplanung zur Finanzierung der Maßnahmen notwendig gewesen wären.
- macht deutlich, dass die SPD am Änderungsantrag festhält.
- betont die Notwendigkeit, den ÖPNV durch die Ticketpreisgestaltung attraktiver zu machen, bestenfalls kostenlos bzw. als Einstieg eine Absenkung auf z.B. 1 € pro Fahrt und Person.

Herr Münzenberg merkt an, dass die Ausschussmitglieder früher eingebunden werden sollten, insbesondere beim Ausbau des Busverkehrs/ÖPNVs (Vermeidung von Busschleifen und Verlangsamung am geplanten Schulzentrum, Berthold-Beitz Platz, P&R in Wieck, direkte Linienführung, Erreichbarkeit/Nähe der Bushaltestellen, Aufteilung von Buslinien).

Herr König merkt zum Änderungsantrag der SPD und der Tierschutzpartei (nicht auf der Tagesordnung) an, ob der Gesellschafter der Gesellschaft Geld für die Realisierung des Busverkehrs ohne weiteres zur Verfügung kann, im Sinne des Wettbewerbs/Beihilferecht.

Herr Kasbohm gibt zum Änderungsantrag der Tierschutzpartei an, dass hier noch Absprachen mit der SPD und Bündnis 90/Die Grünen getroffen werden.

Herr Wilde erläutert,

- dass die Überlassung finanzieller Mittel zur Erbringung der Verkehrsleistung an den Verkehrsbetrieb durch die Stadt aus beihilferechtlicher und steuerrechtlicher kritisch zu sehen ist und durch PWC geprüft werden muss, damit Maßnahmen rechtssicher umgesetzt werden können.

- dass der Zeitpunkt des Vergabeverfahrens sich aus Gründen des Personalmangels und der technischen Ausstattung in der Corona-Zeit verzögert hat.
- dass am B.-Beitz Platz keine Busschleife der Linie 2 geplant wird.
- dass die verkehrliche Erschließung des Schulzentrums in der Scharnhorststraße gegenwärtig Gegenstand des Bebauungsplanverfahrens (B-Plan 114) ist.

Frau Wölk merkt an, dass in den Gremien sehr spät zu Planungen zum Verkehr, zu verkehrsrechtlichen Erschließungen oder zu Veränderungen im ÖPNV informiert werden und bittet um frühzeitigere bzw. regelmäßige Information.

Herr Wilde antwortet, dass

- die Beteiligung der Ausschüsse/der Politik erfolgt, wenn Ergebnisse vorliegen.
- für das Bauleitplanverfahren B-Plan 114 eine Änderung/Erweiterung des Geltungsbereiches zur verkehrlichen Erschließung des Schulzentrums durch die Bürgerschaft beschlossen wurde.

Herr König stellt fest, dass sich im Hinblick auf die frühzeitige Information der Gremien bereits eine Verbesserung eingestellt habe, die er begrüßt.

Herr Münzenberg äußert sich zur möglichen Busschleife am Schulcampus Scharnhorststraße und merkt an, dass Schleifen eine Verkehrsverlangsamung bedeuten, dass der Auto-/Busverkehr aus der Scharnhorststraße zugunsten des Fuß-/Radverkehrs herausgehalten werden sollte, dass für den ÖPNV die Osnabrücker Straße genutzt werden sollte.

5 Mitteilungen des/r Vorsitzenden

Herr König informiert darüber, dass

1. zum Thema Anbindung der Straße An den Wurthen im B-Plan 55 bis zum 18.02.2021 noch Stellungnahmen abgegeben werden können.
2. es zum Verkehrskonzept Innenstadt eine Informationsveranstaltung gab und im Nachgang Informationen zur Verfügung gestellt wurden.
3. das Konzept für Ladesäuleninfrastruktur demnächst fertiggestellt ist und vorgestellt wird.

6 Beratung der Beschlussvorlagen

6.1 Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 161 - „Sanierungsgebiet Innenstadt / Fleischervorstadt“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2021 / 2022

BV-V/07/0367

Herr König beantragt die Beschlussvorlagen 6.1 bis 6.6 zu den Haushaltssatzungen der Städtebaulichen Sondervermögen ohne Abstimmung nur beratend zur Kenntnis zu nehmen.

Frau Schinkel bringt die Beschlussvorlagen insgesamt ein und:

- weist darauf hin, dass der 3. Entwurf der Städtebaulichen Sondervermögen in der aktuellen korrekten Version jetzt einsehbar ist.

- erklärt, dass die Städtebaulichen Sondervermögen die durch die bürgerschaftlichen Gremien beschlossenen Vorhaben für die jeweiligen Haushaltsjahre abbilden.
 - erklärt, dass die durch die Kommune zutragenden Eigenanteile, d.h. nicht förderfähige Kosten oder Komplementärmittel, im Kernhaushalt, v.a. im Produkt des Teilhaushaltes 5 (51103), dargestellt sind.
 - weist darauf hin, dass ausschließlich die beschlossenen und keine neuen Maßnahmen dargestellt sind und verweist auf die Investitionslisten der jeweiligen Sondervermögen, aus denen der Planungs- und Umsetzungsstand des jeweiligen Vorhabens ersichtlich wird.
 - bittet um die Abgabe eines Votums zu den Beschlussvorlagen 6.1 bis 6.6, um die Tendenz des Abstimmungsergebnisses in diesem Gremium zu erfahren.
 - Fragen können an Frau Schinkel und Frau Lüdemann gerichtet werden.
- Es werden keine Fragen gestellt.

Herr König kommt der Bitte von Frau Schinkel nach und ruft zur GesamtAbstimmung mit Handzeichen über die Beschlussvorlagen 6.1 bis 6.6 für alle 6 Sondervermögen im Block auf. Frau Grubert stimmt mündlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	0	4

6.2 Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 162 - „Fleischervorstadt - Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2021 / 2022 **BV-V/07/0368**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	0	4

6.3 Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 193 - „Schönwalde I - Stadtumbau Ost“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2021 / 2022 **BV-V/07/0369**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	0	4

6.4 Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 194 - „Ostseeviertel Parkseite - Stadtumbau Ost - SUB“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2021 / 2022

BV-V/07/0370

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	0	4

6.5 Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 198 - „Schönwalde II - Stadtumbau Ost“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2021 / 2022

BV-V/07/0371

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	0	4

6.6 Haushaltssatzung des Städtebaulichen Sondervermögens 199 - „Schönwalde II - Stadtteil mit besonderem Entwicklungsbedarf - SOS“ der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für das Haushaltsjahr 2021 / 2022

BV-V/07/0372

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
5	0	4

6.7 Haushaltssatzung der Universitäts- und Hansestadt Greifswald für die Haushaltsjahre 2021/2022

BV-V/07/0374-03

Frau Juhnke bringt die Vorlage in Form einer Kurzpräsentation (in der Anlage) ein und

- merkt an, dass die durch die Fraktionen eingebrachten Änderungsanträge noch zu betrachten und zu beziffern sind.
- bittet um zielführende Diskussionen, damit der Haushalt am 1.3.2021 beschlossen werden kann, um die Zeit der vorläufigen Haushaltsführung so kurz wie möglich zu halten.

Herr Kasbohm merkt an, dass

- der Aspekt Klimaschutz im Haushalt 6-7 Punkte umfasst, wobei die Posten E-Bikes als Dienstfahräder sowie Vorhaben in der Forstwirtschaft insbesondere finanzielle Auswirkungen haben.
- die geplante Vorlage der Fraktion zum Haushalt 3 Punkte umfassen wird: 1) zum ÖPNV mit finanziellen Auswirkungen sowie 2 Vorschläge ohne finanzielle Auswirkungen in diesem Haushalt (Zielbeschreibung) mit 2) einer Zielfestlegung von 30€ pro Einwohner bei Instandhaltung und Aufbau von Radwegen in der Produktbeschreibung und 3) ein Vorschlag zu ethisch und nachhaltige Finanzen in der Produktbeschreibung.

Herr Münzenberg kündigt einzubringende Punkte für den Haushalt an, welche

- die Radachse vom Bahnhof nach Eldena,
- ein nachhaltiges Konzept/ Studie zu Naturwanderwegen (Moore, Küste, Tourismus) mit Finanzierungsvorschlag
- Konzept zur Einbindung des Schienenverkehrs in den ÖPNV (Reaktivierung des Schienenverkehrs ins Umland: Strecken Lubmin und Ladebow) umfassen und erkundigt sich, ob der vorgeschlagene Counter für die Radverkehrszählanlagen in den Haushalt eingestellt wurde.

Herr Kaiser informiert, dass

- die Counter für die Radverkehrszählanlagen in den Haushalt eingestellt sind,
- für den Stellenplan die Verstetigung des Mobilitätsmanagers im Projekt MobilitätsWerkStadt 2025 (Bundesförderung) durch die Verwaltung eingebracht werden wird.

Herr Wilde ergänzt, dass an die Streichung der Befristung (Band 1 im Stellenplan, Produkt 51101) ebenfalls der Wegfall der Bindung an die Fördermittel geknüpft sein wird, da der Personalbedarf vorhanden ist. Es wird trotzdem versucht, die Bundesmittel oder andere Fördermittel einzuwerben.

Herr Kasbohm ergänzt, dass die Entfristung dieser Stelle und ihre Entbindung von der Förderung ebenfalls in den Antrag der Fraktion aufgenommen wird.

Frau Juhnke nimmt die Entfristung der Stelle in die Veränderungsliste auf.

Herr König erkundigt sich, ob im Hintergrund der Aktivitäten im Bereich Verkehr und Planung (Radverkehrsplanung, Verkehrskonzept Innenstadt, MobilitätsWerkStadt 2025, LIS-Konzept) die Personalstruktur ausreichend ist, um die Aufgaben abzuarbeiten, oder ob im Stellenplan Ergänzungen notwendig sind.

Herr Wilde antwortet, dass eine personelle Verstärkung (aktuell 2 unbefristet besetzte Stellen, eine geförderte, befristete Stelle im Mobilitätsmanagement) erwünscht ist, dass gegenwärtig im Ziel 4 feste Stellen im Bereich Verkehrsplanung anvisiert sind und dass damit die Aufgaben abgedeckt werden können. Der Stellenplan muss dahingehend nicht weiter verändert werden. (Herr Kaiser stimmt zu.)

Herr König erkundigt sich, ob der Haushalt 2021/2022 hinreichend der Zielrichtung des 2019 gefassten Beschlusses zum Klimanotstand entspricht und bittet um eine allgemeine Einschätzung.

Herr Kaiser merkt dazu an, dass diese Frage an die Dezernenten und den Oberbürgermeister gerichtet werden sollte, da diese für die Aufstellung des Haushaltes zuständig sind.

Herr König fragt nach dem Stand der Stellenbesetzung des Moormanagements und ob für die Stelle finanzielle Mittel für z.B. Aufträge/Studien, Arbeitsmaterial geplant wurden.

Herr Kremer informiert, dass

- die Stellenbeschreibung des Moormanagements mit dem Haupt- und Personalamt abgestimmt worden ist und demnächst ausgeschrieben wird,
- im Haushalt zunächst 5.000 €/a für Studien geplant wurden, da Bedarf erst erfasst werden muss.

Herr König erkundigt sich, ob im Haushalt 2021/22 finanzielle Mittel für Ladesäuleninfrastruktur (LIS) geplant sind, auch mit Hinblick auf das kommende LIS-Konzept.

Herr Kaiser antwortet, dass im Haushalt keine finanziellen Mittel für die Errichtung von LIS geplant sind und dass die praktische Umsetzung von LIS auch mit den Stadtwerken besprochen wird.

Herr Kremer antwortet, dass Ladesäulen im Rahmen von konkreten Bauprojekte umgesetzt und finanziert sowie auch dort mit geplant werden, da mit veränderter Gesetzeslage bei öffentlichen Bauten mit Parkplatzangebot ab 12 Stellplätzen Ladesäulen vorgeschrieben werden.

Herr König erkundigt sich nach der Umsetzung von Maßnahmen/Projekte aus dem Maritimen Klimaschutzkonzept. Herr Lubs habe ihm mitgeteilt, dass die Landstromanbindung in Ladebow im Dezember vergeben worden sei und kurz vor Fertigstellung stehe – welche Projekte will die Stadtverwaltung nun fokussieren, damit das Konzept auch zur Umsetzung kommt?

Herr Kaiser verweist auf das Grünflächen- und Tiefbauamt, da dieses für die Häfen zuständig ist.

Herr König ruft zur Abstimmung über den Haushalt auf und bittet die Abgeordneten einzeln zur mündlichen Stimmabgabe.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
6	0	3

Anlage 1 Präsentation öffentlich

7 Vorschläge, Anregungen und Fragen der Mitglieder des Fachausschusses

Keine

8 Ende der Sitzung

19:18 Uhr

Vorsitz:

Protokollant/in:

Jörg König

Dr. Juliane Brust-Möbius